

Rivalen – Gegner – Verbündete

ERNST-REUTER-HEFTE

---

**Heft 13**

Jürgen Peter Schmied

---

# Rivalen – Gegner – Verbündete

Konrad Adenauer und Ernst Reuter

BeBra Wissenschaft Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere  
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,  
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© 2023 BeBra Verlag GmbH  
Asterplatz 3, 12203 Berlin  
[post@bebra-wissenschaft.de](mailto:post@bebra-wissenschaft.de)  
Redaktion: Leonie Kayser  
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin  
Umschlag und Satz: typegerecht berlin  
Schrift: DTL Romulus 10/13,8pt  
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg  
ISBN 978-3-95410-321-8  
ISSN 2194-5810

[www.bebra-wissenschaft.de](http://www.bebra-wissenschaft.de)

## Prolog

Manchmal schlägt die Geschichte seltsame Volten. Am 13. März 1933, einen Tag nach den Kommunalwahlen in Preußen, die für die Nationalsozialisten erhebliche Stimmenzuwächse gebracht hatten, hielt Hermann Göring den Zeitpunkt für gekommen, in mehreren Städten die Verhältnisse neu zu regeln. Der preußische Innenminister ließ eine ganze Reihe von missliebigen Stadtoberhäuptern aus ihren Ämtern entfernen. »Oberbürgermeister Adenauer, Köln«, »Oberbürgermeister Dr. Landmann, Frankfurt a. M.«, »Oberbürgermeister Reuter, Magdeburg« sowie die »Oberbürgermeister Lueken, Kiel und Brauer, Altona« seien »sofort bis auf weiteres zu beurlauben«, hieß es in Görings Polizeifunkspruch, der für die Betroffenen nicht nur das vorläufige Ende ihrer Karriere bedeutete, sondern die meisten von ihnen auch in existenzbedrohende Schwierigkeiten stürzte.<sup>1</sup>

Knapp 20 Jahre später fanden sich Reuter – inzwischen Regierender Bürgermeister von Berlin – und Adenauer – seit 1949 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland – erneut gemeinschaftlich heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Bei den sozialistischen Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die im August 1951 in Ost-Berlin stattfanden, präsentierte eine Gruppe junger Aktivisten ein großes Plakat mit der Parole »Schickt McCloy über's Meer, Adenauer und Reuter hinterher«. Am linken Rand des Banners wird die Forderung im Stil der sozialistischen Propagandaästhetik illustriert. Ein übergroßer Fuß im groben Arbeitsschuh nähert sich bedrohlich einem winzigen Boot mit

1 Polizeifunkspruch Hermann Görings zur Beurlaubung Adenauers und anderer führender Kommunalpolitiker, in: Adenauer im Dritten Reich. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1991, S. 85.

Auftaktdemonstration der  
3. Weltjugendfestspiele in Berlin,  
1. August 1951.



drei Männern – einer hebt noch abwehrend die Hände gegen die riesige Schuhsohle, die gleich die Nusschale vom Ufer wegstoßen wird.

Adenauer und Reuter gerieten immer wieder gemeinsam ins Visier unterschiedlicher politischer Gegner. Waren sie lediglich zufällig Schicksalsgenossen oder bestanden zwischen ihnen doch erhebliche Gemeinsamkeiten? Waren sie am Ende heimliche Verbündete über die Parteilinien hinweg? Diese Fragen sollen auf den folgenden Seiten ausgelotet werden.

## Lebenswege

Konrad Adenauer und Ernst Reuter stammten aus unterschiedlichen Verhältnissen. Reuters Großvater väterlicherseits war Rektor einer Lateinschule gewesen, der Vater Kapitän zur See in der Handelsmarine, später unterrichtete er an einer Königlich Preußischen Navigationschule. Die Mutter konnte auf eine lange Ahnenreihe von kleinstädtischen Bürgermeistern und Pastoren sowie von Domänenpächtern zurückblicken, sodass Ernst Reuter, als er 1889 im schleswigschen Apenrade auf die Welt kam, in einer arrivierten bürgerlichen Familie aufwuchs. Anders der 1876 geborene Konrad Adenauer: Sein Vater, ein Nachfahre von Handwerkern und Gewerbetreibenden, hatte sich zunächst als Soldat verdingt und danach eine Anstellung als Appellationsgerichtssekretär am Kölner Landgericht erhalten, wo er bis zum Kanzleirat aufstieg. Adenauers Mutter besaß als Tochter eines thüringischen Regimentsmusikers ebenfalls einen kleinbürgerlichen Hintergrund.

Hinzu kamen jene Unterschiede, die auf die kulturellen Prägungen zurückzuführen sind. Reuter wuchs im ostfriesischen Leer auf, sein Elternhaus war norddeutsch-protestantisch geprägt und atmete den Geist der Pflichterfüllung, wie er von preußischen Beamten erwartet wurde. Adenauer verlebte Kindheit und Jugend wie überhaupt die längste Zeit seines Lebens in Köln und wurde immer mit der Domstadt in Verbindung gebracht. Wie die meisten Bewohner der rheinischen Metropole an der Westgrenze des Deutschen Reiches war er im katholischen Glauben verwurzelt und mit einer gewissermaßen natürlichen Aufgeschlossenheit für die westlichen Nachbarländer ausgestattet. Wenn Reuter im Frühjahr 1953 auf diese Hintergründe anspielend erklärte, der »Hauptunterschied zwischen Adenauer und mir ist der,

daß er ein Rheinländer ist und ich ein Preuße«<sup>2</sup>, dann war das dennoch ein etwas zu pauschales Urteil. Immerhin gehörte auch das Rheinland seit dem frühen 19. Jahrhundert zu Preußen, und die bekannten Sekundärtugenden des Hohenzollernstaates, Gehorsam, Plichterfüllung und Ordnung, wurden auch Adenauer in seinem Elternhaus vermittelt. Als Beamter scheint er Reuter in dieser Hinsicht sogar übertroffen zu haben. »Beide waren kompetente Verwaltungsleute«, räumt etwa Reuters amerikanischer Biograf David E. Barclay ein, »wenngleich Reuter den täglichen Papierkram nie gut erledigte, während Adenauer für seine akribische Sorgfalt bekannt war«.<sup>3</sup>

Es erscheint daher lohnend, noch einmal die unterschiedliche gesellschaftliche Herkunft der beiden Männer in den Blick zu nehmen und die daraus resultierenden Konsequenzen auszuleuchten. Zweifellos besaßen beide, Reuter wie Adenauer, einen großen Gestaltungsanspruch, wobei letzterer auch von einem starken Aufstiegswillen angetrieben wurde. Darüber hinaus hat die Herkunft aus kleinbürgerlichen Verhältnissen Adenauer zeitlebens zu einer gewissen Vorsicht angehalten. Unvermutete oder überraschende Lebensentscheidungen sind bei ihm jedenfalls nicht zu verzeichnen – vielmehr verlief sein Werdegang alles in allem in erwartbaren Bahnen, wenn man einmal von den enormen Höhen absieht, die er im Laufe seiner Karriere erklimmen sollte. Ganz anders verhielt es sich bei Reuter. Sein bürgerlicher Hintergrund scheint ihm eine Sicherheit und ein Selbstbewusstsein verliehen zu haben, die ihn nicht davor zurückschrecken ließen, ungewöhnliche und sogar riskante Wege einzuschlagen.

2 Zitiert nach Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 554 f.

3 David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000, S. 301.

Dieses Muster – hier das zielstrebige, aber immer auch auf Sicherheit bedachte Voranschreiten, dort die Bereitschaft, den eigenen Neigungen und Idealen zu folgen, auch wenn sie mit einem Sprung ins Unbekannte verbunden waren – lässt sich immer wieder beobachten, und das schon bei der Wahl des Studienfachs. Beide waren sehr gute Schüler. Adenauer, der nur dank eines Stipendiums überhaupt die Universität besuchen konnte, schrieb sich für Rechtswissenschaften ein, ein Studium, das ihn für eine vielfältige Verwendung qualifizieren würde und in jedem Fall zweckdienlich war. Reuter hingegen folgte stärker seinen Interessen. Er studierte Geschichte, Griechisch und Latein mit dem Ziel, Oberlehrer – heute würde man sagen: Studienrat – zu werden, geriet an seinem Studienort Marburg aber in den Bann der Philosophie, namentlich des Neukantianismus, der in dem malerischen Städtchen an der Lahn seine Hochburg hatte.

Die geistigen Anregungen aus Marburg hatten großen Einfluss auf Reuters politische Entwicklung. Denn im Februar 1913, nach bestandem Staatsexamen, gab Reuter das ursprüngliche Berufsziel endgültig auf und entschied sich für eine Karriere in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), wo er auf eine Anstellung, etwa als Zeitungsredakteur, hoffte. Für seine Familie bedeutete dieser Schritt einen Schock. Mit seinem Beitritt zu der zumindest *pro forma* immer noch revolutionär gesinnten Arbeiterpartei stellte sich Reuter außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Ideen und Werte. Zwar kam es nicht zum Bruch mit seinen Eltern und Geschwistern, aber der Sozialist Reuter wurde doch so etwas wie das schwarze Schaf der Familie. Als Adenauer um das Jahr 1900 in die katholische Zentrumsparterie eintrat, war das hingegen ein ganz und gar unspektakulärer Schritt. In der Kölner Stadtpolitik spielten neben dem Zentrum nur noch die Liberalen eine wichtige Rolle, die aber vor allem Gewerbetreibenden, den Vertretern der Wirtschaft und des Finanzwesens sowie den protestan-

tischen Bürgern eine politische Heimat boten. Der katholische junge Mann aus bescheidenen Verhältnissen war in der Zentrumspartei also bestens aufgehoben.

Diesen Voraussetzungen entsprechend, gestaltete sich auch das Verhältnis der beiden Politiker zu ihren Parteien. Reuter, dem Akademiker aus bürgerlicher Familie mit seiner lebenslangen Liebe zur klassischen Philologie und den Büchern, der sich darüber hinaus als Alkoholabstinenzler engagierte, fiel es schwer, in der SPD Fuß zu fassen. Als freier Journalist, Wanderredner und Ausschussekretär sowie durch unermüdlichen Einsatz erwarb er vor dem Ersten Weltkrieg in der Arbeiterpartei erste Meriten. Aber selbst in seiner Glanzzeit, als Oberbürgermeister (1948–1951) bzw. als Regierender Bürgermeister (ab Februar 1951) des im Kalten Krieg umkämpften Berlins, war er nie Vorsitzender des örtlichen SPD-Verbandes. Dazu fehlte ihm der nötige Stallgeruch. Seine Macht als Politiker wurzelte vielmehr in seiner Persönlichkeit, seinem Talent als Redner und Organisator, seinem Charisma und seinem Ansehen, nicht aber in seiner parteiinternen Popularität. Adenauer hingegen stieg sowohl in der Zentrumspartei als auch später in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) zu einer Führungsfigur auf, einige Jahre lang beherrschte er die christdemokratische Partei sogar unangefochten. Die solitäre Stellung war natürlich nicht ohne vorherige Konflikte mit Konkurrenten zu erreichen gewesen, aber die Voraussetzungen für seinen Erfolg waren eben günstig. Denn beide Parteien, Zentrum wie CDU, stritten nicht für die Interessen einer speziellen Klasse, sondern vereinten Männer und Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten, freilich entlang konfessioneller beziehungsweise religiöser Trennlinien. Adenauer, der aufgrund seines familiären Hintergrunds mit den Sorgen und Nöten des Kleinbürgertums vertraut war, spätestens in seinen Jahren als Oberbürgermeister der Stadt Köln zwischen 1917 und 1933 aber auch die



Oberbürgermeister Konrad Adenauer erläutert Planungen für den Kölner Grüngürtel.

Ansichten und Denkweisen der Eliten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kennenlernte, war durch diese vielfältigen Einblicke bestens darauf vorbereitet, die unterschiedlichen Anliegen breiter Bevölkerungskreise einzuschätzen.

Insgesamt wirkt Adenauers Werdegang zumindest im Rückblick sehr viel geradliniger und zielstrebigter als die Karriere Reuters. Nach Studienjahren in Freiburg im Breisgau, München und Bonn kehrte Adenauer 1897 in seine Geburtsstadt Köln zurück und arbeitete nach dem zweiten Staatsexamen, das er 1901 ablegte, einige Jahre auf verschiedenen Vertretungsstellen. 1904 heiratete er eine Kölnerin aus angesehenen Familie, 1906 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung zum Beigeordneten. Fortan machte er in der Verwaltung seiner Vaterstadt Karriere und wurde schließlich 1917 zum Oberbürgermeister gewählt. Schon bald reichte der Gestaltungswille des Zentrumspoli-

tikers, der 1919 nach dem frühen Tod seiner ersten Frau ein zweites Mal geheiratet hatte, weit über die Grenzen der Domstadt hinaus. Adenauer bekleidete zahlreiche Ämter in Politik, Wirtschaft und Verwaltung und wirkte in etlichen regionalen und nationalen Gremien mit, oft in herausgehobener Position. Allen weitergehenden Ambitionen zum Trotz scheint er aber auch die Sicherheit seiner Kölner Stellung geschätzt zu haben. Als er 1921, 1922 und 1926 für das Amt des Reichskanzlers im Gespräch war, ließ Adenauer diese Möglichkeiten verstreichen, wobei sich nicht mehr genau ermitteln lässt, wie konkret diese Offerten tatsächlich waren. Wie auch immer – Köln und das Rheinland blieben Adenauers Hauptaktionsfeld.

Im Vergleich dazu nimmt sich Reuters Werdegang wie ein Abenteuerroman aus. Nach dem Studium in Marburg, München und Münster versuchte er zunächst in Bielefeld und ab 1913 in Berlin eine Anstellung bei der SPD oder in einer ihr verbundenen Organisation zu finden. Der Berufseinstieg verlief schwierig, und an Reuters ungesicherter finanzieller Lage scheiterte in dieser Zeit seine Verlobung mit einer Münsteraner Bürgerstochter. Dann brach 1914 der Erste Weltkrieg aus. Reuter wurde 1915 zum Militär eingezogen und kam 1916 zunächst an die Westfront. Im Sommer desselben Jahres wurde er an die Ostfront verlegt, wo er nach wenigen Tagen schwer verwundet in russische Gefangenschaft geriet. Dort lernte Reuter die russische Sprache und die Oktoberrevolution von 1917 eröffnete ihm neue, ungeahnte Möglichkeiten. 1918 wurde er Vorsitzender eines von den Bolschewiki gegründeten Internationalen Kriegsgefangenenkomitees und ging – von Wladimir I. Lenin und Josef Stalin persönlich ausgewählt – nach Saratow, um als Volkskommissar eine autonome Republik der Wolgadeutschen aufzubauen. Nachdem er sich in dieser Aufgabe bewährt hatte, reiste Reuter Ende 1918 illegal in das Deutsche Reich ein. In den folgenden drei Jahren arbeitete er, vorrangig von Berlin aus, für



Ernst Reuter  
als Oberbürger-  
meister von  
Magdeburg,  
1931.

die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Doch schon 1921 geriet er in Konflikt zu der von Moskau vorgegebenen Linie und wurde 1922 aus der revolutionären Partei hinausgedrängt. Eine neue politische Heimat fand Reuter zunächst in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und bald darauf in der SPD. Bei der Parteizeitung *Vorwärts* erhielt er eine Anstellung als Redakteur, ehe er 1926 im Berliner Senat das Verkehrsressort übernahm. 1931 wurde Reuter zum Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gewählt, wenig später auch in den Reichstag. Privat entwickelten sich seine Angelegenheiten ebenfalls erfreulich. Nachdem seine erste Ehe gescheitert war, heiratete Reuter 1927 ein zweites Mal, nun eine Parteifreundin, mit der er bis zu seinem Tod glücklich zusammenlebte.

Auf sehr unterschiedlichen Wegen waren Reuter und Adenauer also in ähnliche Positionen gelangt. Beide besaßen lokalen, aber auch

überregionalen Einfluss und verfolgten darüber hinaus im Großen und Ganzen ähnliche Ziele. Beide gehörten zu den die Demokratie stützenden – wenn man so will: staatstragenden – Kräften der Weimarer Republik und beide waren Verfechter von groß angelegten Infrastrukturprojekten. Reuters Meisterstück in seinen knapp fünf Jahren als Berliner Verkehrsdezernent war die Vereinheitlichung der Tarife von Bus, Straßenbahn und U-Bahn. Außerdem fügte er dem U-Bahnnetz der Reichshauptstadt neue Strecken von rund 30 Kilometern Länge hinzu. Adenauer ließ in seiner 16-jährigen Amtszeit als Oberbürgermeister den Kölner Hafen erweitern, eine zusätzliche Rheinbrücke errichten sowie eine Autobahn nach Bonn bauen und eröffnete einen Flughafen für die zivile Luftfahrt, um nur seine Verkehrsvorhaben zu erwähnen. Als Stadtobehörer förderten beide den sozialen Wohnungsbau und versuchten, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern, Reuter etwa durch die Fertigstellung eines Wasserwerks, Adenauer beispielsweise durch die Anlage von ausgedehnten Grünflächen und großzügigen Sportstätten.

Angesichts ihrer Vorliebe für kostspielige Großvorhaben befürworteten Adenauer und Reuter eine expansive Ausgabenpolitik. Als er im Oktober 1925 vor dem Berliner Abgeordnetenhaus der Übernahme einer Bürgschaft das Wort redete – finanziert werden sollte damit der Bau eines Großkraftwerks –, wies Reuter auf das große aktuelle Defizit Kölns hin, und das sei doch eine vergleichsweise reiche deutsche Stadt. Auch sonst haben die beiden Männer voneinander Notiz genommen, begegneten sie sich doch in den letzten Jahren der Weimarer Republik regelmäßig bei Sitzungen des Städtetages oder in anderen Gremien wie dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.<sup>4</sup>

4 Vgl. Rede in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Oktober 1925, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922 bis 1946. Bearb. von Hans



Adenauer (zweite Reihe, 4. von links) und Reuter (letzte Reihe, 2. von rechts) auf der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages auf Schloss Cappenberg bei Münster in Westfalen, Juni 1931.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten beendete die Karrieren der beiden schlagartig. Sie mussten sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen und kamen zeitweise in Haft, Reuter sogar für mehrere Monate in ein Konzentrationslager. Während Adenauer aber 1936 ein Arrangement mit den neuen Machthabern aushandeln und sich ein Haus im Siebengebirge südlich von Bonn bauen konnte, musste Reuter im Januar 1935 das Land verlassen; zu gefährlich war die Situation für ihn geworden. Über England emigrierte er in die Türkei, wo er zunächst im Wirtschaftsministerium, dann im neu gegründeten Verkehrsministerium und an der Verwaltungshochschule in Ankara tätig war.

J. Reichardt. Frankfurt am Main u. a. 1973, S. 164–171, hier S. 165; Anmerkungen zum Polizeifunkspruch Görings (Nr. 31), in: Adenauer im Dritten Reich, S. 508.

Damit wiederholte sich – wenn auch zugegebenermaßen nicht aus freien Stücken – das schon bekannte Muster. Während Adenauer nach einer dreijährigen Odyssee durch Deutschland sich zwar nicht in Köln, aber immerhin im Rheinland niederlassen konnte, verbrachte Reuter mehr als zehn Jahre in der Türkei. Gewiss, vorrangig bewegte er sich unter den Eliten seines Gastlands und unter Schicksalsgenossen, aber zweifelsohne fügte er mit dem Aufenthalt in Ankara seinem Lebenslauf ein weiteres außergewöhnliches Kapitel hinzu.

Das ersehnte Ende des Zweiten Weltkrieges und des »Dritten Reiches« bescherte den beiden Politikern dann sehr unterschiedliche Voraussetzungen für den Neustart. Während Adenauer bereits einige Wochen vor Kriegsende von amerikanischen und britischen Offizieren Besuch erhielt, saß Reuter in der Türkei fest und konnte aufgrund von bürokratischen Vorgaben der Siegermächte zunächst nicht nach Hause zurückkehren. Als er Ende November 1946 endlich in Deutschland eintraf, war der frühere Oberbürgermeister von Köln schon Vorsitzender der neu gegründeten CDU im Rheinland und in der britischen Besatzungszone und führte die Fraktion seiner Partei im Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher schickte den Heimkehrer nach Berlin, wo Reuter bereits Anfang Dezember 1946 zum Stadtrat gewählt wurde. Die ehemalige Reichshauptstadt war ein potenzieller Krisenherd. Das machte die politische Arbeit dort schwierig, bot vielleicht aber auch Chancen.

## Positionen

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten 1945 nicht nur die Kontrolle und Verantwortung in Deutschland übernommen, sondern auf der Konferenz von Potsdam das Land sowie die ehemalige Hauptstadt Berlin unter sich aufgeteilt. Dennoch bestand der Anspruch der Besatzer fort, das Schicksal ihres einstigen Gegners gemeinsam zu bestimmen. Da auf höchster Ebene eine Einigung nicht zu erzielen war, sollten sich die Außenminister der Vier Mächte in den folgenden Jahren über die nächsten Schritte verständigen.

Für Konrad Adenauer besaß eine solche Zusammenarbeit schon 1945 keine Aussichten auf Erfolg. In einer außenpolitischen Lageanalyse vom 31. Oktober diagnostizierte er, dass die »Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache«<sup>5</sup> sei. Ernst Reuter hingegen hielt eine Einigung der Siegermächte noch längere Zeit für möglich. Deutschlands Neuanfang könne nur gelingen, »wenn es als Freund aller benachbarten Mächte seinen eigenen friedlichen Weg geht«<sup>6</sup>, führte der Berliner Politiker am 30. Juli 1947 auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg aus. Ende des Jahres 1947 änderte Reuter seine Einschätzung. Die Ablehnung des Europäischen Wiederaufbauprogramms – auch als Marshall-Plan bekannt – durch die Sowjetunion und der völlig ergebnislose Verlauf der Londoner Außenministerkonferenz überzeugten ihn davon, dass unter den gegenwärtigen

5 Anlage zum Schreiben an [Heinrich] Weitz vom 31. Oktober 1945, in: Konrad Adenauer: Briefe 1945–1947. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin (West) 1983, S. 130f., hier S. 130.

6 Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg am 30. Juli 1947, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3: Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Frankfurt am Main u. a. 1974, S. 237–241, hier S. 240.

Bedingungen ein einheitlicher deutscher Staat nicht entstehen konnte. Auf einer SPD-Veranstaltung im Januar 1948 sprach er Klartext: »Deutschland ist in zwei Teile geteilt worden durch die Schuld einer Besatzungsmacht, die in ihrem Bereich eine eiserne Diktatur einer Partei aufrichtet.«<sup>7</sup>

In den folgenden Wochen und Monaten spitzte sich die Situation in Berlin zu. Auf Pläne der drei westlichen Besatzungsmächte, in ihren Zonen eine gemeinsame Währung einzuführen, reagierten die Sowjets mit drastischen Maßnahmen. Sie stellten die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, Briten und Franzosen im Alliierten Kontrollrat ein und blockierten am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege in die ehemalige Reichshauptstadt. Die Abriegelungsaktion dauerte fast ein Jahr, bis zum 12. Mai 1949. Piloten der amerikanischen und britischen Luftwaffe versorgten die Bewohner der Metropole in dieser Zeit mit Lebensmitteln, Kohle und anderen unverzichtbaren Gütern. Berlin, so das Kalkül hinter der Luftbrücke, sollte auf jeden Fall ein Vorposten der Freiheit und Demokratie bleiben.

Die Krise wurde zu Reuters »finest hour«. Im Juni 1947 hatte die Stadtverordnetenversammlung ihn zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt, aber aufgrund eines sowjetischen Vetos konnte er sein Amt nicht ausüben. Trotzdem profilierte sich der SPD-Politiker als Führungsfigur des Berliner Widerstandes gegen die sowjetische Aggression. Als Verkehrsexperte war er prädestiniert, bei der Bewältigung der enormen logistischen Herausforderungen der Luftbrücke mitzuwirken; mit seinen internationalen Erfahrungen – Reuter hatte 1929 eine mehrmonatige Studienreise durch die USA unternommen und sprach passabel Englisch – war er bestens darauf vorbereitet, seine amerikani-

<sup>7</sup> Referat auf der SPD-Betriebsgruppenvorständekonferenz am 30. Januar 1948, in: ebd., S. 334 – 350, hier S. 338.

schen und britischen Gesprächspartner von der Notwendigkeit, Berlin zu verteidigen, zu überzeugen; und mit eindrucksvollen öffentlichen Auftritten gelang es ihm immer wieder, den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu mobilisieren.

Reuter näherte sich nun den Positionen Adenauers an. Der Vorsitzende der CDU in der britischen Besatzungszone hatte bereits am 13. Oktober 1947 im Fall eines Scheiterns der Londoner Viermächtekonferenz die »möglichst schnelle Vereinigung der französischen Zone mit der amerikanischen und englischen Zone [...] aus allgemein psychologischen, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen«<sup>8</sup> gefordert. Die westlichen Alliierten teilten diese Einschätzung und bereiteten in der ersten Hälfte des Jahres 1948 die Gründung eines deutschen Weststaates vor. Ergebnis ihrer Überlegungen waren die sogenannten »Frankfurter Dokumente«, die am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure der drei westlichen Siegermächte in ebenjener Stadt den versammelten Ministerpräsidenten übergaben.

Bei den folgenden Verhandlungen rangen sich mehr und mehr der beteiligten Politiker dazu durch, ihre Bedenken gegen eine Staatsgründung hintanzustellen und stattdessen die damit verbundenen Chancen zu erkennen. Reuter scheint bei diesem Umdenken eine zentrale Rolle gespielt zu haben. An einer ersten Besprechung Anfang Juli 1948 hatte für Berlin die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schroeder von der SPD teilgenommen und dabei (in Übereinstimmung mit der Linie des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und zum Ärger des ebenfalls anwesenden Adenauer) dafür plädiert, dass mit dem Weststaat »nichts

8 Adenauers Entschließungsentwurf »Für den Fall, daß die Londoner Konferenz ergebnislos bleibt« vom 13. Oktober 1947, in: Konrad Adenauer. Seine Zeit – sein Werk. Ausstellung aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5. Januar 1976. Historisches Archiv der Stadt Köln, Köln 1976, S. 170–172, hier S. 170.

Endgültiges geschaffen wird, sondern erst dann eine Entschließung gefaßt wird, wenn Berlin mit den übrigen Zonen wieder zu einer Einheit gekommen ist.«<sup>9</sup> Reuter vertrat bei der darauffolgenden Sitzung knapp zwei Wochen später einen anderen Standpunkt. Seiner Meinung nach war »die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland«. Daraus folgere, »daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können: das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status«.<sup>10</sup>

Mit seinem Eintreten für einen westdeutschen Gesamtstaat verband Reuter weitreichende Hoffnungen. Eine möglichst enge Anbindung Berlins an das neue Gemeinwesen sollte die politischen Verhältnisse in der Stadt an der Spree stabilisieren und insbesondere ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Von der Gründung des Weststaates sollte zudem das Signal ausgehen, dass die freie Welt entschlossen war, dem sowjetischen Machtstreben etwas entgegenzusetzen.<sup>11</sup> Schließlich sollte über eine »politische und eine ökonomische Konsolidierung des Westens« die Wiedervereinigung ganz Deutschlands erreicht werden. Sein leidenschaftliches Plädoyer für die Gründung eines westdeut-

9 Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen in Koblenz (Rittersturz), 8.–10. Juli 1948, in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte. Bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard am Rhein 1975, S. 60–142, hier S. 115. Vgl. auch das Schreiben an Erik Reger vom 23. August 1948, in: Konrad Adenauer: Briefe 1947–1949. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin (West) 1984, S. 300f.

10 Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen in Jagdschloß Niederwald, 21.–22. Juli 1948, in: Der Parlamentarische Rat, Bd. 1, S. 172–270, hier S. 192.

11 Vgl. Johannes Volker Wagner: Einleitung, Vorgeschichte des Parlamentarischen Rates, in: ebd., S. XI–LXXXI, hier S. XLV f.

schen Staates, für eine Stärkung des westlichen Bündnisses und eine entschlossene Politik gegenüber der Sowjetunion hatte Reuter weit von der Linie seiner Partei entfernt, während er zu einer zumindest grundsätzlichen Übereinstimmung mit den Positionen Adenauers gefunden hatte, jedenfalls was diese drei Gesichtspunkte betraf. Lediglich eine Forderung von Reuters Agenda, die enge Anbindung Berlins an den Weststaat, beurteilte der CDU-Vorsitzende in der britischen Besatzungszone skeptisch.

Zunächst konnte Reuter in dieser Frage aber einen Punktsieg verbuchen. Eine Berliner Delegation nahm an den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates teil, jenem Gremium, das in Bonn über die Verfassung des westdeutschen Staates beriet, und als das Grundgesetz am 24. Mai 1949 in Kraft trat, sah Artikel 23 tatsächlich vor, dass das neue Gesetzeswerk auch für Groß-Berlin gelten sollte. Die westlichen Besatzungsmächte verweigerten dieser Bestimmung indes die Anerkennung – zu angespannt war die Lage um die Metropole mitten in der sowjetischen Besatzungszone –, ließen aber ein Geflecht vielfältiger Verbindungen zwischen den Berliner Sektoren und dem neuen Staat zu. Die ehemalige Reichshauptstadt durfte etwa Abgeordnete in den westdeutschen Bundestag entsenden, die jedoch nicht von der Bevölkerung, sondern vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurden und auch kein Stimmrecht besaßen.

In erster Linie bedeutete die Verabschiedung der Verfassung freilich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die nun noch einer Regierung bedurfte. Bei den Wahlen am 14. August 1949 erhielten die CDU und die bayrische Christlich-Soziale Union (CSU) die meisten Stimmen. Insbesondere auf Betreiben Adenauers kam es jedoch nicht zu einem Bündnis mit der zweitplatzierten SPD, sondern zu einer bürgerlichen Regierungskoalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) und einigen kleineren Parteien. Am 15. September

Konrad Adenauer (l.) wird von Erich Köhler, Präsident des Deutschen Bundestages, als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt, 20. September 1949.



1949 wählte sie Adenauer in Bonn, der provisorischen Hauptstadt des neuen Staates, zum Bundeskanzler. Schon bald darauf muss Reuter den Regierungschef gebeten haben, Berlin möglichst rasch als gleichberechtigtes Mitglied in die Bundesrepublik aufzunehmen und auch die Bundesregierung dort zu etablieren.<sup>12</sup> Damit war das Leitthema ihrer Korrespondenz in den folgenden vier Jahren gesetzt. Ein Großteil der Verhandlungen kreiste um Reuters Ziel, die Verbindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik auszubauen und die Zuständigkeit des Bundes für den westlichen Teil der ehemaligen Hauptstadt zu stärken.<sup>13</sup>

12 Vgl. Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter, S. 539, 541.

13 Vgl. für Reuters Gesuche exemplarisch seinen Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 17. Februar 1951, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4: Reden, Artikel,

Adenauer reagierte auf die vielfältigen Gesuche aus Berlin reserviert. Auch wenn er hier und da auf Anliegen Reuters einging, so war er doch im Kern der Meinung, dass ein Beitritt West-Berlins zur Bundesrepublik nicht anzustreben sei, und auch die Tatsache, dass das östliche Gebiet Berlins im Oktober 1949 Teil und sogar Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wurde, konnte ihn nicht dazu bewegen, seine Haltung zu überdenken. In seinen Begründungen variierte der Bundeskanzler einige wenige Argumente. Er wolle die Sowjets nicht provozieren und eine neue Krise um die ehemalige Hauptstadt heraufbeschwören; daher lehnten doch auch die westlichen Alliierten die Integration Berlins in die Bundesrepublik ab. Außerdem könnten die Westdeutschen die Sicherheit und Freiheit der demokratischen Enklave in der kommunistischen Besatzungszone nicht gewährleisten; es sei besser, diese schwierige Aufgabe den Amerikanern, Briten und Franzosen zu überlassen. Adenauers außenpolitischer Berater Herbert Blankenhorn vertrat im Oktober 1949 gegenüber einem amerikanischen Gesprächspartner sogar die Auffassung, »daß Berlin seinem Wesen nach nicht zum Westen gehöre«. Die Stadt »sei nicht nur im tiefsten Sinne preußisch, sondern auch den totalitären Einflüssen [ihrer] Umgebung ausgesetzt.«<sup>14</sup> Die amerikanischen Besatzer waren von dieser These nicht überzeugt. Berlin habe »die vielleicht demokratischste und pro-westlichste Regierung und Bevölkerung von ganz Deutschland«, meinte ein Diplomat im März 1950, der auch

Briefe 1949 bis 1953. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Frankfurt am Main u. a. 1975, S. 342–346.

- 14 Zitiert nach Hermann Josef Rupieper: *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955* (= Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 95), Opladen 1991, S. 162. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 680.

Adenauers Standardargument von den alliierten Vorbehalten in eine andere Perspektive rückte. Die USA hätten dem Wunsch Berlins, das zwölfte Bundesland der Bundesrepublik Deutschland zu werden, stets aufgeschlossen gegenüberstanden und die britische Regierung zumindest nicht ablehnend, lediglich die Franzosen seien dagegen gewesen. Schließlich habe sich auch der Bundeskanzler »wenig begeistert« gezeigt, und zwar, »wie wir glauben, hauptsächlich aus politischen Gründen. (Berlin hat eine sozialdemokratische Mehrheit.)«<sup>15</sup>

Diese Einschätzung war weit verbreitet – auch Reuter teilte sie, wie ein Angriff auf Adenauer vom August 1953 zeigt. »In Wirklichkeit weiß jeder«, schimpfte er kurz vor der Bundestagswahl, an der die West-Berliner Bevölkerung erneut nicht teilnehmen durfte, »daß es ganz primitive, enge parteipolitische Erwägungen sind, die die Mehrheit des Deutschen Bundestages [...] bewogen hat, gegen das Wahlrecht der Berliner zu stimmen. Es ist nichts weiter als Angst vor der Addition der Stimmen. Die politische Verantwortung für diese Fehlentscheidung trägt allein der Bundeskanzler.«<sup>16</sup>

Zwar besaß der wahltaktische Aspekt für Adenauer zweifellos Gewicht, für ein vorsichtiges Agieren in Berlin sprach er sich allerdings nicht nur im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen von 1953 aus. Als die Volkskammer der DDR am 15. September 1951 den Bundestag öffentlich dazu aufrief, gemeinsam freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten, aus denen ein geeinter freiheitlicher deutscher Staat hervorgehen sollte, reagierte der Bundeskanzler etwa mit größter Zu-

15 Papers for Ambassadors' Meeting at Rome, 13. März 1950, in: Foreign Relations of the United States 1950, Bd. IV: Central and Eastern Europe; The Soviet Union, Washington D.C. 1980, S. 829–832, hier S. 831.

16 Rede auf der SPD-Kundgebung im Sportpalast am 30. August 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 765–780, hier S. 766.

rückhaltung. Eine international besetzte Kommission unter Führung der Vereinten Nationen solle erst einmal die Voraussetzungen für freie und gleiche Wahlen in Deutschland prüfen, lautete seine Antwort an die ostdeutsche Regierung. Ganz anders Reuter. Zum großen Ärger des Bundeskanzlers preschte der Regierende Bürgermeister mit der Idee vor, sozusagen als Testlauf für eine gesamtdeutsche Abstimmung zunächst einmal Wahlen in ganz Berlin abzuhalten. Dabei erwartete auch Reuter von der Offerte aus dem Osten nicht viel, wie er dem amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy versicherte. Angesichts der nationalen Gefühle vieler Deutscher dürfe man die Wiedervereinigungsinitiativen aber nicht allein dem Ostblock überlassen.<sup>17</sup>

Es war nicht das erste und auch nicht das letzte Mal, dass Reuter eine größere Bereitschaft als der Bundeskanzler an den Tag legte, mit den östlichen Machthabern in einen Dialog über die Wiedervereinigung zu treten. Mit der Zeit kritisierte er daher immer offener Adenauers Deutschlandpolitik, zumal der Kanzler gegenüber den westlichen Nachbarn sehr viel mehr Verständnis und Entgegenkommen zeigte als gegenüber den Vertretern des Ostens. 1950 trat die Bundesrepublik dem Europarat bei, im folgenden Jahr gründete sie zusammen mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und 1952 unterschrieb Adenauer den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der den besiegten Deutschen nicht nur die Rekrutierung von

17 Vgl. The United States High Commissioner for Germany (McCloy) to the Secretary of State, 23. September 1951, in: *Foreign Relations of the United States 1951*, Bd. III: *European Security and the German Question*, Teil 2, Washington D.C. 1981, S. 1522–1524, hier S. 1523; *Verlaufsprotokoll der Sitzung vom 24. September 1951*, in: *Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951*. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1989, S. 378–387, hier S. 379 f.

Soldaten gestatten, sondern bei seinem Inkrafttreten der Bundesrepublik auch die weitgehende Souveränität bescheren sollte. Die westdeutsche Demokratie, so Adenauers Kalkül, sollte erst einmal gefestigt und dauerhaft in der freien Welt verankert werden. Die Wiedervereinigung war für ihn eine *cura posterior*.

Reuter verurteilte diese Priorisierung. Anfang des Jahres 1953 forderte er in einem Artikel, dass »die höchste politische Zielsetzung aller Deutschen, ihre Wiedervereinigung, [...] zum Mittelpunkt aller politischen Anstrengungen gemacht«<sup>18</sup> werden müsse. Mitte April griff er die Europapolitik Adenauers und dessen Rücksichtnahme auf Frankreich an. »Über den Willen zur Verteidigung der deutschen Freiheit, der Freiheit der Welt, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten«, führte Reuter auf einer SPD-Veranstaltung in Berlin aus und erklärte: »Wir alle wissen ganz genau, wie nötig es ist, daß Europa sich einigt, aber zur Einigung gehören immer zwei Teile, und wir können nicht immer nur auf die Ängste und die Sehnsüchte unseres französischen Nachbarvolkes nach einer glorreichen Vergangenheit achten. Wir sind auch ein Volk, und wir haben auch ein Recht auf unsere Freiheit.«<sup>19</sup>

Der SPD-Politiker spielte damit auf den Umstand an, dass von den drei westlichen Besatzungsmächten es die Franzosen waren, die alle Vorstöße in Richtung Wiedervereinigung mit dem größten Argwohn beobachteten und die auch die stärksten Vorbehalte gegen eine deutsche Wiederbewaffnung hegten. Den Pariser Befürchtungen trug der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft dadurch Rechnung, dass die Westdeutschen keine eigenen Kommandostruktu-

18 Artikel in der *Berliner Stimme* vom 3. Januar 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 657–659, hier S. 658.

19 Rede auf einer SPD-Kundgebung in der Messehalle am Funkturm nach der Amerika-Reise am 10. April 1953, in: ebd., S. 699–714, hier S. 708, 707.

ren erhalten sollten, sondern im Wesentlichen darauf beschränkt wurden, Soldaten für den Fall eines sowjetischen Angriffs bereitzustellen. Reuter wollte sich mit dieser degradierenden Lösung nicht abfinden. Der Bundeskanzler hingegen fand es bemerkenswert genug, dass die Alliierten den Deutschen bereits sieben Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder Waffen anvertrauen wollten; und schließlich winkte als Hauptpreis für die geleisteten Konzessionen die Souveränität der Bundesrepublik. Nicht nur ein zur Hälfte gefülltes Glas Wasser kann eben sehr unterschiedlich beurteilt werden. Im Übrigen mochte Adenauer hoffen, dass sich auf lange Sicht die Herabsetzung der westdeutschen Streitkräfte nicht würde durchhalten lassen.

Es darf bei diesen Differenzen jedoch auf keinen Fall übersehen werden, dass Reuter mit seinen Ansichten Adenauer vergleichsweise nahestand, jedenfalls sehr viel näher als die meisten anderen Mitglieder der SPD. Die Notwendigkeit der Wiederbewaffnung anzuerkennen und die Einigung Europas entschieden zu befürworten, war in der SPD eine Minderheitenposition, von Reuters Werben für eine enge Anbindung an die Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. Die offizielle, von dem Parteivorsitzenden Schumacher und seinem Nachfolger Erich Ollenhauer festgelegte Linie brachte den westlichen Alliierten ein stärkeres Misstrauen und einer Zusammenarbeit mit ihnen größere Skepsis entgegen, zumindest solange damit keine erkennbaren Fortschritte in der Wiedervereinigungsproblematik verbunden waren.

Das wusste auch Adenauer. Schon im Mai 1949 hatte er dem Militärgouverneur der britischen Besatzungszone Reuter als Berater der Alliierten bei der anstehenden Pariser Außenministerkonferenz empfohlen.<sup>20</sup> Zweieinhalb Jahre später wiederholte sich das Spiel. Als die

20 Vgl. Schreiben an Brian H. Robertson vom 25. Mai 1949, in: Konrad Adenauer: Briefe 1949–1951. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin (West) 1985, S. 28.

Bundesregierung im Dezember 1951 erstmals eine Delegation zu den Vereinten Nationen nach Paris entsenden durfte, wählte sie Reuter für diese Mission aus, allerdings ohne vorher deswegen den SPD-Vorsitzenden Schumacher zu konsultieren. Dieser und der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner, ein Exkommunist und nun Fachmann der SPD für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, müssen darüber zutiefst verärgert gewesen sein. Walter Hallstein, Adenauers Staatssekretär für Außenpolitik, rechtfertigte gegenüber McCloy die Entscheidung mit den Worten: »Zwischen Wehner und Reuter [...] hatten wir wirklich keine andere Wahl als letzteren.«<sup>21</sup>

21 The United States High Commissioner for Germany (McCloy) to the Acting Secretary of State, 6. Dezember 1951, in: Foreign Relations of the United States 1951, Bd. III, S. 1814–1816, hier S. 1815.

## Kräfteverhältnisse

Mit der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler am 15. September 1949 erhielt die Beziehung zu Ernst Reuter eine neue Grundlage und Intensität. Zuvor hatten die beiden Politiker bisweilen in den selben Gremien mitgewirkt, nun waren sie die obersten Repräsentanten von zwei Gemeinwesen, die institutionell auf das engste miteinander verbunden waren und von denen das eine existenziell auf das andere angewiesen war. Aus dieser Konstellation ergab sich früh eine Rollenverteilung, bei der Reuter der Part eines Bittstellers zufiel, während der Bundeskanzler der entscheidende Adressat für die Anliegen aus der ehemaligen Reichshauptstadt war.

Die Situation Berlins war auf jeden Fall bedrückend. Die ungünstige Lage der Großstadt mitten in der feindlich gesinnten sowjetischen Besatzungszone sowie ihre Unterteilung in vier Sektoren erschwerten den Wiederaufbau der Infrastruktur und hemmten das Wirtschaftsleben. Zudem schreckten die unsicheren politischen Verhältnisse, insbesondere das Damoklesschwert eines kommunistischen Angriffs, potenzielle Investoren ab. Im Juli 1949 lag die industrielle Produktion West-Berlins nur noch bei rund 17 Prozent des Standes von 1936, und selbst 1952 hinkte sie um etwa vier Jahre hinter dem Niveau in Westdeutschland hinterher. Entsprechend hoch war die Arbeitslosigkeit. Anfang des Jahres 1950 waren mehr als 300.000 Personen von diesem Schicksal betroffen, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 2,1 Millionen. Die wirtschaftliche Misere riss darüber hinaus enorme Löcher in den Haushalt. Knapp 300 Millionen DM überwies der Bund 1949 an die Berliner Stadtkasse, zwei Jahre später waren es schon annähernd 1,3 Milliarden DM. Als wären dies nicht Probleme genug, war der Westteil Berlins Anlaufstelle für zahlreiche Flüchtlinge aus der DDR; rund 7.500 Personen kamen im monatlichen Durchschnitt in der ers-

ten Hälfte des Jahres 1950 und stellten die städtische Verwaltung vor die Aufgabe, ihnen eine Unterkunft und den weiteren Verbleib zu organisieren.

Reuter war also in vielerlei Hinsicht auf die Unterstützung Adenauers angewiesen, und zuweilen hat der Oberbürgermeister dieses Abhängigkeitsverhältnis auch thematisiert – in der Regel freilich, wie es sich gehört, mit einem Augenzwinkern. Als Adenauer im April 1950 erstmals nach seiner Wahl zum Bundeskanzler Berlin besuchte, soll Reuter zu Beginn einer Arbeitsbesprechung im Schöneberger Rathaus bemerkt haben: »Ich habe heute morgen zu mir selbst in einem Stoßgebet gesagt: Nimm alle Kraft zusammen, die Lust und auch den Schmerz; es gilt uns heute zu rühren des großen Königs Herz!«<sup>22</sup> Sofern das Zitat richtig überliefert ist, hat Reuter die zwei Verse aus Ludwig Uhlands Gedicht »Des Sängers Fluch« an einer Stelle wohlweislich abgeändert, ist doch im Original von »des Königs steinern Herz« die Rede.

In der Tat hatte sich der Kanzler eine außergewöhnlich starke Position erarbeitet. Ohnehin strahlte er die Würde des Alters aus, wenn er – hochgewachsen und schlank – stets kerzengerade und korrekt gekleidet auftrat. Das von zahlreichen Falten durchfurchte Gesicht zeugte von einem Leben voller Arbeit und von tiefen, nicht immer erfreulichen Erfahrungen und fügte seinem Erscheinungsbild eine weitere markante Note hinzu. Die große Professionalität, wie man heute sagen würde, mit der Adenauer sämtliche Amtsgeschäfte erledigte, sowie die enorme Akribie, mit der er die Akten studierte, aber auch darüber wachte, dass sich in seinem Einflussbereich die Dinge in seinem Sinn entwickelten und sich nirgendwo wildwuchernder Eigensinn Bahn brach, steigerten seine Autorität noch weiter. Kurzum, der Kanzler verstand es, sich

22 Zitiert nach Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter, S. 551.

sowohl in den eigenen Reihen als auch beim politischen Gegner und bei seinen ausländischen Gesprächspartnern Respekt zu verschaffen, und so war er in kurzer Zeit zu einem beeindruckenden, aber auch einschüchternden Machtfaktor geworden.

Wenn es Reuter trotzdem gelang, zu einem der profiliertesten Politiker der Nachkriegsjahre aufzusteigen und für Berlin umfangreiche Unterstützung zu erhalten, dann lag das in erster Linie an seiner Person. Schon die äußere Erscheinung war ähnlich imposant wie diejenige Adenauers. Auf einem stattlichen Körper saß ein mächtiger Kopf, die großen, dunklen Augen wurden von buschigen Brauen und tiefhängenden Tränensäcken eingerahmt, ein Gehstock, auf den sich Reuter aufgrund einer Verwundung aus dem Ersten Weltkrieg stützen musste, erinnerte an seine intensiven Verstrickungen in die Zeitläufte, und schließlich besaß er mit der Baskenmütze, die er bei fast jeder Gelegenheit trug, ein unverkennbares Markenzeichen. Seine sonore Stimme kam ihm nicht nur bei seinen Auftritten als Redner zugute, sondern auch bei Verhandlungen im kleinen Kreis, wo Reuter ein ums andere Mal das Vertrauen seiner Gesprächspartner gewinnen konnte. Dazu beigetragen haben dürften auch seine Liebe zu den Zigarren und die Beibehaltung der späteren Jahre, die eine entspannte, arglose Gesprächsatmosphäre begünstigt haben mögen.<sup>23</sup> Darüber hinaus zehrte der Oberbürgermeister von seinem Nimbus als deutscher Organisator der Luftbrücke in den Jahren 1948/49. Wer an maßgeblicher Stelle dazu beigetragen hatte, dass der West-Berliner David dem sowjetischen Goliath standhielt, dem war einiges zuzutrauen.

So dachten insbesondere die Amerikaner. Ein Mitarbeiter der Militärverwaltung in Deutschland berichtete Anfang Februar 1949 an

23 Vgl. Barclay: Schaut auf diese Stadt, S. 309.

Außenminister Dean Acheson, dass »einige politische Führungsfiguren in Berlin (bekanntermaßen Reuter) [...] unweigerlich eine wichtige Rolle im zukünftigen Deutschland spielen werden«. Dies sei auch im Interesse der USA. Denn die Berliner Politiker hätten »durch ihre Nachkriegserfahrungen gelernt, über ihren unmittelbaren Horizont hinauszuschauen, und würden Deutschland stärker unter internationalen Gesichtspunkten betrachten als ihre westdeutschen Kollegen«. <sup>24</sup>

Auch wenn Reuter nach der Bundestagswahl Oberbürgermeister von West-Berlin blieb, konnte er weiterhin auf die Unterstützung durch die westliche Supermacht zählen. So übte der amerikanische Besatzungskommissar John McCloy im Dezember 1950 entscheidenden Druck auf Adenauer aus, damit die Bundesregierung endlich die längst vereinbarten Finanzhilfen für die West-Berliner Polizei freigebe und die Kohlenbevorratung in Berlin vorantreibe. <sup>25</sup> Acheson legte Ende April 1952 Wert darauf, dass die maßgeblichen deutschen Ansprechpartner für alle Fragen rund um die sogenannten Stalin-Noten, eine Wiedervereinigungsinitiative der Sowjetunion, der Bundeskanzler und der Regierende Bürgermeister von West-Berlin seien. Mit beiden Männern müssten »echte Verhandlungen« abgehalten werden, und zwar »zum frühestmöglichen Zeitpunkt«. <sup>26</sup>

Nichts bringt die amerikanische Wertschätzung für Reuter besser zum Ausdruck als die Tatsache, dass er bereits im März 1949 zu einem

24 The United States Political Adviser for Germany (Murphy) to the Secretary of State, 4. Februar 1949, in: Foreign Relations of the United States 1949, Bd. III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington D.C. 1974, S. 191.

25 Vgl. Wortprotokoll der Sitzung vom 1. Dezember 1950, in: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, S. 279–298, hier S. 294 f.

26 The Secretary of State to the Embassy of the United Kingdom, 30. April 1952, in: Foreign Relations of the United States 1952–1954, Bd. VII: Germany and Austria, Teil 1, Washington D.C. 1986, S. 217–219, hier S. 219.



Reuter auf seiner  
Reise in die USA  
im März 1949.

offiziellen Besuch in die USA eingeladen wurde. Zwei weitere Aufenthalte folgten im Februar 1951 und im März 1953, und erst danach, im April 1953, reiste Adenauer erstmals in die Vereinigten Staaten. Wie sehr sich der Bundeskanzler über diese Bevorzugung seines Rivalen geärgert haben muss, verrät eine Notiz von Theodor Heuss vom Februar 1959. Der Bundespräsident ging darin auf eine Reise Willy Brandts in die USA ein. Nach Auffassung des deutschen Botschafters hatte der Regierende Bürgermeister von West-Berlin in Washington einen sehr positiven Eindruck hinterlassen, was Heuss zu dem Kommentar veranlasste: »[...] schade, wenn Ad[enauer] dies liest, wird er wieder eifersüchtig wie gegenüber Reuter.«<sup>27</sup> Zugleich verweist die Episode auf

27 Notiz vom 17. Februar 1959, in: Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine

einen inhärenten Vorteil des Berliner Bürgermeisterpostens. So sehr Reuter es auch bedauern mochte, dass West-Berlin nicht vollständig in die Bundesrepublik integriert war, erst dieser Umstand erlaubte es ihm und seinen Nachfolgern, diplomatische Initiativen zu ergreifen und sich auf internationalem Parkett zu profilieren.

Frühe Einladungen erhielt Reuter zwar auch von den Regierungen in Paris und London, die er im Februar 1949 erstmals besuchte, aber hinter diesen Gesten des Wohlwollens stand in beiden Fällen nicht das übergroße Maß an Sympathie, das die Amerikaner dem strikt antikommunistischen Oberbürgermeister entgegenbrachten. Den Franzosen war Reuter sogar zutiefst suspekt. Dem französischen Besatzungskommandanten General Pierre Koenig fiel sein Eintreten für eine enge Bindung Berlins an die entstehende Bundesrepublik bereits im November 1948 unangenehm auf. War die Stadt an der Spree nicht »ein Symbol des Nationalismus und militärischer Traditionen« und darüber hinaus »die Hauptstadt Preußens«?<sup>28</sup> Gemäß dem Bericht eines amerikanischen Beobachters vom August 1951 betrachteten einige französische Verantwortliche Reuter geradezu als *bête noire*. In seiner aktiven Berlin-Politik erblickten sie die mögliche Ursache eines Konflikts zwischen West und Ost, in den Frankreich hineingezogen werden würde; und sollte der Regierende Bürgermeister von Berlin eines Tages zum Vorsitzenden der SPD und womöglich sogar zum Kanzler aufsteigen, befürchteten sie, dass sich das Risiko eines Krieges aufgrund

Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pickart, Tübingen u. a. 1970, S. 397.

28 Notes Prepared by the United States Political Adviser of Germany (Murphy) of a Meeting of the Military Governors of the Western Zones of Occupation of Germany, 4. November 1948, in: Foreign Relations of the United States 1948, Bd. II: Germany and Austria, Washington D.C. 1973, S. 434–438, hier S. 434f.

einer national orientierten Politik signifikant erhöhen würde. Selbst Kurt Schumacher mit seinem halsstarrigen Radikalismus schien da weniger gefährlich als der bewegliche Reuter;<sup>29</sup> und natürlich hob sich vor diesem bedrohlichen Hintergrund Adenauers entschiedener Westkurs aus Pariser Sicht umso erfreulicher ab.

Reuters Flexibilität schadete ihm aber auch in seiner eigenen Partei, in der er mangels Stallgeruch ohnehin einen schweren Stand hatte. Bei den Wahlen zum Berliner Stadtparlament im Dezember 1950 wurde denn auch nicht der international renommierte Oberbürgermeister, sondern Franz Neumann, der örtliche Parteivorsitzende, als Spitzenkandidat der SPD nominiert, und in der Bundespartei wäre in Anbetracht seiner inhaltlichen Divergenzen mit der Parteileitung, namentlich mit Schumacher, eine Bewerbung um ein herausgehobenes Amt ohnehin aussichtslos gewesen.

Dafür erfuhr Reuter dank seines Pragmatismus die Wertschätzung von Politikern anderer Parteien. Zu Theodor Heuss etwa entwickelte er ein sehr gutes Verhältnis, und ihre wechselseitigen Sympathien waren sicherlich ein wesentlicher Grund dafür, weshalb der Bundespräsident dem Regierenden Bürgermeister West-Berlins im Sommer 1951 zu einem prominenten Auftritt verhelfen wollte. Beim nationalen Gedenktag des Deutschen Volkes am 12. September, dem Datum der Wahl des Bundespräsidenten, sollte Reuter die Festrede halten, nachdem Heuss im vorangegangenen Jahr dieses Amt übernommen hatte. In einem Brief vom 22. Juli 1951 versuchte der ehemalige FDP-Politiker Adenauer für diese Idee zu gewinnen. Reuter habe die »Fähigkeit, mit kräftigen Formulierungen eindrucksvoll zu sprechen, so daß er also der Aufgabe

29 Vgl. The Director of the Berlin Element of HICOG (Jones) to the Office of the United States High Commissioner for Germany at Frankfurt, 23. August 1951, in: Foreign Relations of the United States 1951, Bd. III, S. 1933–1937, hier S. 1934.

vom festlich-repräsentativen her völlig gewachsen sein« werde, führte Heuss aus. Außerdem halte er es für sinnvoll, einen Repräsentanten der Opposition für die Ansprache zu gewinnen – und zwar jemanden, »der in den großen Fragen der kommenden Monate der Regierungspolitik im Ganzen näher steht als der eigentliche Oppositionsführer«. Bestechend fand der Bundespräsident schließlich auch den Gedanken, »den Sprecher Berlins jetzt zum Sprecher der Bundesrepublik zu machen«, was dazu beitragen könne, die gelegentlichen Verstimmungen zwischen Westdeutschland und der früheren Hauptstadt abklingen zu lassen.<sup>30</sup>

Adenauer wehrte sich gegen diesen Vorschlag mit allen erdenklichen Argumenten. Er wolle »die Feier aus allen parteipolitischen Erwägungen und Aspekten« heraushalten, antwortete er dem Bundespräsidenten. Der Kanzler warb stattdessen dafür, »einen Historiker die Rede halten [zu] lassen, der, losgelöst von parteipolitischen Gesichtspunkten und auch in etwa losgelöst von politischen Tagesfragen, sprechen« solle. Im Übrigen seien durch eine Beauftragung von Reuter keinerlei positive Rückwirkungen auf das Verhältnis zur SPD zu erwarten. »Herr Schumacher würde die Bestellung von Herrn Reuter geradezu als einen Affront gegen seine Führerschaft betrachten und sich dementsprechend verhalten«, mutmaßte Adenauer, und womöglich würde »die Stellung Reuters, der einen schweren Kampf mit Herrn Neumann in Berlin kämpft«, durch solch eine Würdigung sogar noch weiter geschwächt werden.<sup>31</sup> – Einmal mehr setzte sich Adenauer durch, und

30 Heuss an Adenauer, 22. Juli 1951, in: Heuss–Adenauer. Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948–1963. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin (West) 1989, S. 76–78, hier S. 77.

31 Adenauer an Heuss, 24. Juli 1951, in: ebd., S. 79.

so hielt am 12. September 1951 der Philosoph Eduard Spranger den Festvortrag zur Feier des nationalen Gedenktages in Bonn.<sup>32</sup>

Bei Adenauers Intervention war ein wichtiges Motiv selbstverständlich unerwähnt geblieben. Warum sollte er einem politischen Gegner ohne Not ein prominentes Podium überlassen, noch dazu ausgerechnet Reuter, der bis in das eigene Lager hinein Sympathien genoss? In der Tat nannte der Regierende Bürgermeister den christdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ernst Lemmer seinen Freund,<sup>33</sup> und im Bundeskabinett saß mit Jakob Kaiser ein Mann, der in vielem ähnliche Auffassungen vertrat wie der Sozialdemokrat. Kaiser stammte aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hatte 1945 in Berlin die CDU mitgegründet. Der Befürworter einer neuen sozialen Ordnung und eines neutralen Deutschlands zwischen den Blöcken war in den Ausscheidungskämpfen um den Parteivorsitz Adenauer unterlegen, wurde aber mit dem Posten des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen abgefunden. In dieser Funktion trat er immer wieder als Reuters Fürsprecher auf.<sup>34</sup> Dem Kanzler blieb diese Verbundenheit nicht verborgen, und einmal eskalierte die Situation. Als sich Adenauer im Januar 1952 in einer Kabinettsitzung bitter über Reuter beschwerte und

32 Vgl. Feier des nationalen Gedenktags. Bonn, 12. September 1951, Hamburg 1951; 167. Kabinettsitzung am 21. August 1951, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4, 1951. Bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988, S. 604.

33 Vgl. Vortrag vor dem Liberalen Club am 19. Januar 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 662–680, hier S. 663.

34 Vgl. etwa die 55. Kabinettsitzung am 24. März 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2, 1950. Bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1984, S. 283–291, hier S. 286f.; 96. Kabinettsitzung am 15. September 1950, in: ebd., S. 690–700, hier S. 699; 255. Kabinettsitzung am 5. November 1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5, 1952. Bearb. von Kai von Jena, Boppard am Rhein 1989, S. 655–662, hier S. 661f.

dem Regierenden Bürgermeister vorwarf, sein Nachfolger werden zu wollen, soll Kaiser erklärt haben, »daß es natürlich sei, daß sich große Kräfte messen«. Adenauer reagierte »heftig« auf die nüchterne Feststellung und bemerkte zu Kaiser, »daß er doch hoffentlich seinem Herzen näher stehe als dem von Reuter«<sup>35</sup>.

Indes: Keine zwei Monate später sandte Adenauer eigens seinen Staatssekretär Otto Lenz nach West-Berlin, um den dortigen Fortbestand der Koalition aus SPD, CDU und FDP zu sichern. Ein Auseinanderfallen der Regierung wollte man in Bonn angesichts der vielfältigen Probleme Berlins unbedingt vermeiden, und natürlich war für den Emissär des Bundeskanzlers in dieser heiklen Angelegenheit Reuter der bevorzugte Ansprechpartner.<sup>36</sup> Das war auch früher schon so gewesen: Kurz nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1950 hatte der christdemokratische Spitzenkandidat Walther Schreiber im Bundesparteivorstand erläutert, dass bei möglichen Koalitionsverhandlungen die Hoffnungen der CDU allein auf Reuter ruhen würden, »[m]it Neumann zu sprechen, sei sinnlos«<sup>37</sup>. Wie es scheint, war zumindest für die Berliner CDU der Oberbürgermeister mit der Baskenmütze so etwas wie ihr unangefochtener Liebling unter den Sozialdemokraten.

35 Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989, S. 222.

36 Vgl. ebd., S. 270f.

37 Sitzung am 5. Dezember 1950, in: Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearb. von Günter Buchstab (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986, S. 1–13, hier S. 2.

## Umgang

Ernst Reuter und Konrad Adenauer waren Spitzenpolitiker, und wie es sich für Vertreter dieser Spezies gehört, begegneten sie einander mit einer breiten Palette von Verhaltensweisen, die von Wahlkampfpolemiken und unerhörten Anschuldigungen bis hin zu Respektsbekundungen und Komplimenten reichte. Zudem spiegelte ihr jeweiliges Gebaren auch die Machtverhältnisse wider. Bereits zur Zeit des Parlamentarischen Rates zeichnete sich das später so häufig zu besichtigende Muster ab: hier der selbstbewusste, angriffslustige, kritisierende Reuter, der aber letztlich aus einer Position der Schwäche heraus agierte, dort der von höherer Warte aus abwehrende, zurechtweisende, taktierende Adenauer. Ende November 1948, gut eine Woche vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, holte Reuter zu einer heftigen Attacke aus: »Herr Dr. Adenauer [...] gehört bestimmt auch zu denen, denen das Berliner Klima etwas fremd ist. Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt«, polemisierte er. »Aber Berlin gehört auch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es noch allerhand, was zu Deutschland gehört!« »Stürmischer Beifall« war die unmittelbare Reaktion des Publikums, und wenige Tage später erhielt die SPD 64,5 Prozent der Stimmen.<sup>38</sup> Mitte Dezember musste Reuter dann auf einen verbindlicheren Ton umschalten. Von Hinweisen auf Gespräche des Parlamentarischen Rates über Berlin alarmiert, äußerte er in einem Brief an Adenauer »die ergebene Bitte«, »solche Erörterungen ohne vorherige Beratung mit den Mitgliedern der Berliner Delegation nicht zu führen«.<sup>39</sup>

38 Rede auf der Wahlkundgebung der SPD im Titania-Palast am 27. November 1948, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 526–538, hier S. 531.

39 Brief von Ernst Reuter an Konrad Adenauer vom 18. Dezember 1948, in: Stif-

Reuter bewahrte sich seinen kämpferischen Elan auch nach Adenauers Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949. Als am 17. Oktober 1949 eine West-Berliner Delegation in Bonn mit Vertretern der Bundesregierung zusammentraf, um über das weitere Vorgehen in der geteilten Stadt zu verhandeln, hielt Reuter den Zeitpunkt für gekommen, dem Kanzler die Meinung zu sagen. »Ihre Aufgabe, Herr Bundeskanzler, kann nur dann eine geschichtliche Rechtfertigung erfahren, wenn Sie die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in den Mittelpunkt Ihrer Betrachtungen stellen«, erklärte der Oberbürgermeister. »Das ist die Aufgabe des deutschen Bundeskanzlers, ich sehe keine andere, die dieser nur einigermaßen gleichkommt.« Unglücklicher hätte Reuter die Verhandlungen kaum eröffnen können. Solche Belehrungen von oben herab – noch dazu von einem politischen Gegner und einem 13 Jahre Jüngeren – konnte Adenauer überhaupt nicht leiden. Entsprechend scharf fiel seine Replik aus: »Herr Reuter, ich habe andere Aufgaben zu erfüllen als die, die Sie genannt haben. Es ist z. B. meine Aufgabe, die Duisburg-Meidricher-Hütte vor der Demontage zu schützen, ich habe für die Aufrechterhaltung der Währung zu sorgen und den Wiederaufbau durchzuführen. Ich habe auch die Aufgaben, die Sie genannt haben. Aber die von mir erwähnten Probleme sind dringlicher.«<sup>40</sup>

Das Treffen nahm für die Berliner trotz dieses Schlagabtauschs noch einen zufriedenstellenden Verlauf. Reuter scheint den positiven Ausgang der Verhandlungen aber nicht auf seinen forschenden Auftritt zurückgeführt zu haben, jedenfalls rückte er in den folgenden Monaten

ting Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), Nachlass (NL) Konrad Adenauer, I/9.03.

40 Zitiert nach Günther Klein: Reuter und westdeutsche Persönlichkeiten. Typoskript vom 30. Juli 1954, S. 2, in: Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21-01, Nr. 336.

merklich von einem offenen Konfrontationskurs ab. Insbesondere das Jahr 1950 über versuchte der Oberbürgermeister unverkennbar herauszufinden, wie viel er im Guten beim Bundeskanzler erreichen konnte.

Die neue Einstellung trat beim ersten Besuch des Bundeskanzlers in Berlin Mitte April 1950 deutlich zutage. Adenauer reiste mit großem Gefolge an, weihte den Amtssitz des Bevollmächtigten der Bundesrepublik in Berlin ein und hielt mehrere Reden, in denen er die Zusammengehörigkeit Westdeutschlands und West-Berlins betonte, großzügige Wiederaufbauhilfen versprach und die Einheit Deutschlands beschwor, was ihm stets und überall den dankbaren Jubel der Berliner Bevölkerung eintrug. Am 18. April 1950 kam es bei einer Veranstaltung im Titania-Palast allerdings zu Misshelligkeiten. Als Adenauer die 1.800 geladenen Gäste aufforderte, die dritte Strophe des Deutschlandliedes zu singen, verließen aufgebrachte Vertreter der SPD, darunter der örtliche Parteivorsitzende Franz Neumann, aus Protest gegen die nationale Geste den Saal. Reuter jedoch blieb. Der Oberbürgermeister hielt noch eine leidenschaftliche Schlussansprache, nahm am Abend sogar an einer CDU-Kundgebung teil und erwies sich damit – nach Einschätzung von Adenauers Ministerialdirigenten Herbert Blankenhorn – »auch hier wieder als Persönlichkeit von Rang«<sup>41</sup>.

Noch eine ganze Weile buhlte Reuter um Adenauers Wohlwollen. Ende Mai 1950 sandte er dem erkrankten Bundeskanzler seine Genesungswünsche und legte das Exemplar einer Karikatur bei »in der Hoffnung, daß es Ihnen Freude macht«. Und als er sich am 27. September 1950 beim Regierungschef für dessen Unterstützung für eine Ausstellung in Berlin bedankte, verpackte Reuter seine Kritik an den inakzep-

41 Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt am Main u. a. 1980, S. 97. Vgl. auch Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter, S. 552.

Reuter schickte Adenauer diese Karikatur aus dem *Berliner Anzeiger* vom 20. Mai 1950.



tablen Konditionen des Leihvertrags für die präsentierten Kunstobjekte in zahlreiche exkulpierende Formulierungen: »Ich bitte, es mir nicht zu verargen [...]«, schrieb er, um kurz darauf zu erwähnen: »Ich bin gezwungen, diese Feststellung zu machen, und ich hoffe, daß Sie dafür Verständnis haben werden«, und unmittelbar im Anschluss daran zu betonen: »Diese meine Feststellungen mindern in keiner Weise meinen aufrichtigen Dank für Ihr Entgegenkommen [...]«, ehe er schloss: »Mit den verbindlichsten Empfehlungen Ihr sehr ergebener Reuter«.<sup>42</sup>

Unter der Decke solcher Bekundungen der Ehrerbietung ging das Machtgerangel indes unvermindert weiter. Schon am 17. Februar 1950

42 Brief von Ernst Reuter an Konrad Adenauer vom 27. Mai 1950, in: StBKAH, NL Konrad Adenauer, I/10.17; Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 27. September 1950, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 248–250, hier S. 249f.

war Reuters eigenmächtiges Verhalten Gesprächsthema im Bundeskabinett. Adenauer war eine Äußerung des SPD-Politikers zu Ohren gekommen, »daß er, wenn er Bundeskanzler wäre, schon längst in Berlin gewesen wäre«, weshalb der Regierungschef fand, der Oberbürgermeister habe »größere Zurückhaltung zu üben«, und jene Bundesminister, die demnächst nach Berlin reisen würden, bat, Reuter »einen entsprechenden Hinweis« zu geben.<sup>43</sup>

Während seiner Reise an die Spree im April 1950 griff Adenauer zu subtileren Mitteln. Als er zusammen mit Reuter das Turbinenwerk der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) in Moabit besuchte und der Oberbürgermeister in seiner Ansprache – gewohnt pathetisch – die Verantwortung des westdeutschen Staates für Berlin beschwor – »und seien Sie sicher, wir werden den Herrn Bundeskanzler und die Bundesregierung nicht los lassen« –, nahm Adenauer Reuters Hand, die eben noch im Takt der Worte auf und ab geschwungen war, und unterließ so mit rheinischem Humor nicht nur den feierlichen Ernst seines Rivalen, sondern brachte auch die Lacher der versammelten Arbeiter auf seine Seite. Damit nicht genug. Nach seiner Rückkehr aus Berlin machte Adenauer Reuter auch für das Anstimmen der dritten Strophe des Deutschlandliedes im Titania-Palast und den daraus entstandenen Eklat verantwortlich. Nach seinen Informationen habe der Oberbürgermeister zum Singen des Liedes auffordern wollen, versicherte der Kanzler dem Bundespräsidenten. Diesen Triumph habe er dem SPD-Politiker nicht gönnen wollen und sei ihm deshalb zuvorgekommen.<sup>44</sup>

43 46. Kabinettsitzung am 17. Februar 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2, 1950, S. 206–214, hier S. 212.

44 Vgl. Neue Deutsche Wochenschau 12/1950, 18. April 1950, online unter [https://www.filmothek.bundesarchiv.de/video/585908?q=ernst+reuter&xm=AND&xf%5B0%5D=\\_fulltext&xo%5B0%5D=CONTAINS&xv%5B0%5D=](https://www.filmothek.bundesarchiv.de/video/585908?q=ernst+reuter&xm=AND&xf%5B0%5D=_fulltext&xo%5B0%5D=CONTAINS&xv%5B0%5D=), Abruf am:

Zu einer weiteren Runde im Machtkampf zwischen Reuter und Adenauer kam es im Oktober 1950. Nun fühlte sich der Bundeskanzler brüskiert, weil er – anscheinend auf Betreiben des Oberbürgermeisters – bei der feierlichen Übergabe und Einweihung der Freiheitsglocke nicht sprechen durfte. Der mächtige Klangkörper aus Erz ging auf eine Initiative von General Lucius D. Clay zurück, dem Organisator der Berliner Luftbrücke aufseiten der Vereinigten Staaten, knüpfte an alte Symbole amerikanischen Unabhängigkeits- und Freiheitsstrebens an und sollte vom Amtssitz des Oberbürgermeisters im Schöneberger Rathaus die Botschaft der Freiheit in den Ostteil der Stadt tragen. Als am 24. Oktober 1950 die Glocke von Clay feierlich der Berliner Bevölkerung übergeben wurde, musste Adenauer die Zeremonie wortlos von der Ehrentribüne verfolgen. Abends konnte er sich wenigstens als Gastgeber eines Dinners für Clay in Szene setzen. Eine Woche zuvor hatte der Bundeskanzler in einer Kabinettsitzung seine Motive für diesen Schritt unumwunden dargelegt. Mit Blick »auf die kommenden Wahlen«, die Anfang Dezember in Berlin abgehalten werden sollten, wäre es ihm falsch erschienen, »den ganzen Ruhm Herrn Oberbürgermeister Reuter allein zu überlassen, nachdem er sich sehr gegen uns gestellt hat«.<sup>45</sup>

Im Laufe des Jahres 1951 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Adenauer und Reuter. Inhaltliche Divergenzen, insbesondere in

28. August 2023; 8. Mai 1950, in: Adenauer–Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1999, S. 41–43, hier S. 41. Vgl. zu den Hintergründen auch ebd., S. 341, Anm. 5.

45 104. Kabinettsitzung am 17. Oktober 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 3, 1950, Wortprotokolle. Bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1986, S. 43–61, hier S. 46. Vgl. auch Ferdinand Friedensburg: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945, Berlin (West) 1971, S. 347.

der Wiedervereinigungspolitik, kamen zu dem alltäglichen Gerangel um Einflussnahmen, Auftritte und andere Vorteile hinzu und verschärften den Gegensatz zwischen den beiden Männern. Anfang des Jahres 1953 eskalierte die Auseinandersetzung. Am 3. Januar klagte Reuter in der *Berliner Stimme* unter der Überschrift »Heraus aus der Sackgasse«, heute gehe »der Impuls in der Bundesrepublik in erster Linie in Richtung ökonomische Wiederherstellung«, während jegliche Schritte in Richtung Wiedervereinigung hintangestellt würden.<sup>46</sup> Seine Rede vor dem Liberalen Club am 19. Januar 1953 geriet dann nachgerade zu einer Abrechnung mit Adenauer und dessen Politik. Reuter blickte darin zurück auf die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, die »ein provisorischer Zusammenschluß sein sollte«, ausschließlich dazu gedacht, »sich als ein Instrument zur Wiedervereinigung ganz Deutschlands anzusehen«. Er streifte seinen Disput mit Adenauer vom Oktober 1949 – »ich werde nie vergessen, daß die damalige Demontage der Fischer-Thyssen-Hütte mit ihren sechstausend Erwerbslosen im Gefolge in eine gleiche Rangordnung wie Berlin hineingebracht wurde« – und geißelte den Entschluss, Bonn zur Hauptstadt Westdeutschlands zu machen, als »die größte politische Fehlentscheidung dieser Zeit«. In einer Stadt wie Hannover hätte, da war sich Reuter sicher, die Politik der Bundesregierung automatisch eine nationalere Ausrichtung erhalten. In der Bonner Republik fehle hingegen »die Einsicht dafür, daß die Welt von uns mehr als organisatorische, technische und kaufmännische Tüchtigkeit erwartet«, nämlich »eine reife politische Haltung und heilende Taten«.<sup>47</sup>

46 Artikel in der *Berliner Stimme* vom 3. Januar 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 658.

47 Vortrag vor dem Liberalen Club am 19. Januar 1953, in: ebd., S. 663, 665–667, 670.

Als Reaktion auf diese Kritik sagte Adenauer eine Einladung des Berliner Senats zu einem Mittagessen, das anlässlich seines Berlinbesuchs Anfang Februar stattfinden sollte, ab. Der Regierende Bürgermeister reiste daraufhin nach Bonn, wo es am 23. Januar 1953 im Palais Schaumburg, dem Amtssitz des Bundeskanzlers, zu einer Aussprache mit Adenauer kam. Dessen Staatssekretär Otto Lenz nahm an der Unterredung teil und hat sie in seinem Tagebuch folgendermaßen zusammengefasst: »Zu meiner großen Überraschung behandelte der BK [Bundeskanzler] Reuter wie ein unartiges Kind, dem man gut zuredet. Reuter hatte die Stirn zu behaupten, er hätte niemals gesagt, daß durch die Außenpolitik der Bundesregierung Berlin in eine Sackgasse gekommen sei. Als ich ihm daraufhin ungefähr 10 Stellen seiner Rede vorlas, in denen das sehr unzweideutig zum Ausdruck gekommen ist, machte er ein Gesicht wie ein Neufundländer, von dem man nicht weiß, ob er traurig oder tückisch blickt. Die Unterredung endete dann mit einer lauen Versöhnung, die genau bis zum nächsten Mal halten wird.«<sup>48</sup>

Immerhin konnte Reuter Adenauer dazu bewegen, dem Mittagessen des Berliner Senats am 1. Februar 1953 beizuwohnen. Aber selbstverständlich waren Reuters Attacken nicht geeignet, den Bundeskanzler davon zu überzeugen, dass die Bevölkerung West-Berlins an den Bundestagswahlen teilnehmen sollte, sofern dessen Entschluss in dieser Angelegenheit nicht ohnehin schon feststand.<sup>49</sup>

Die anstehenden Bundestagswahlen am 6. September 1953 dürften ein Grund gewesen sein, weshalb Reuter sich dazu entschloss, die

48 Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, S. 537f. Vgl. dazu auch Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter, S. 667f.

49 Vgl. Sitzung am 26. Januar 1953, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 286–420, hier S. 313; 255. Kabinettsitzung am 5. November 1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5, 1952, S. 661f.

Bundesregierung nun auch öffentlich scharf zu kritisieren. Ein weiterer Auslöser für seinen Kurswechsel war anscheinend Resignation. Offensichtlich war er zu der Einsicht gelangt, bei Adenauer im Guten nichts bewirken zu können. In einem Schreiben an den Ökonomen Alexander Rüstow vom 24. Juni 1953 machte Reuter seinem ganzen Unmut Luft: »Deutschland ist das einzige Land der Welt, in dem niemand, der nicht unmittelbar zur Regierungskoalition gehört, die Möglichkeit sieht, mit dem Chef der Regierung in ein sachlich erträgliches Verhältnis zu kommen«, klagte der Regierende Bürgermeister. »Das dürfte wirklich nicht nur daran liegen, daß alle Leute, die, wie ich, die schwersten Bedenken gegen die Innen- und Außenpolitik der jetzigen Regierung haben, sture Fanatiker sind.«<sup>50</sup>

Allen Kontroversen und Streitigkeiten zum Trotz gab es auch in den Jahren 1952 und 1953 zwischen Reuter und Adenauer Momente des Einvernehmens und konstruktive Zusammenarbeit. Als mit der Unterzeichnung des sogenannten Deutschlandvertrags im Mai 1952 die Souveränität der Bundesrepublik in greifbare Nähe rückte, setzten sich Kanzler und Regierender Bürgermeister gemeinsam bei den Besatzungsmächten dafür ein, dass Bundesgesetze auch unter den neuen Bedingungen möglichst leicht auf West-Berlin übertragen werden konnten. Zuweilen tauschten sie auch vertrauliche Informationen aus,<sup>51</sup> und als Reuter Ende März 1953 von einem Besuch in den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückkehrte, führte ihn einer seiner ersten

50 Brief an Alexander Rüstow vom 24. Juni 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 740f.

51 Vgl. Wortprotokoll der Sitzung vom 22. Januar 1952, in: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1990, S. 7–13, hier S. 8f.; Brief von Ernst Reuter an Konrad Adenauer vom 28. Oktober 1952, in: StBKAH, NL Konrad Adenauer, I/12.27.



Adenauer, Reuter  
und dessen Sohn  
Edzard im Frühjahr  
1953.

Wege ins Bundeskanzleramt, um Adenauer von seinen Eindrücken zu berichten. Der Kanzler gratulierte ihm zum Verlauf der Reise, und als Reuter einwandte, sein Erfolg sei hauptsächlich seiner Berliner Position zu verdanken, als Bürgermeister von Buxtehude wäre er nicht beachtet worden, soll Adenauer bemerkt haben: »Na, Sie würden ja wahrscheinlich auch nicht der Bürgermeister von Buxtehude geblieben sein.«<sup>52</sup>

Vermutlich war es in der gelösten Atmosphäre dieses Gesprächs, dass Reuter die Unvorsichtigkeit beging, Adenauer von seinen Begegnungen mit Lenin zu berichten und von dem Eindruck, den der russische Revolutionär auf ihn gemacht hatte. Der Kanzler teilte jedenfalls am 22. Mai 1953 dem CDU-Bundesvorstand mit, Reuter habe ihm in

52 Rede auf einer SPD-Kundgebung in der Messehalle am Funkturm nach der Amerika-Reise am 10. April 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 702.

seinem Zimmer erklärt: »Lenin war ein großer Mann, den ich nach wie vor hoch verehere.«<sup>53</sup>

Im heraufziehenden Bundestagswahlkampf war das eine Steilvorlage. Auch zu Hans-Christoph Seebohm, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Partei, die Teil der Regierungskoalition war, muss die Bemerkung durchgedrungen sein. Auf einer Kundgebung in Hamburg soll der Bundesverkehrsminister Ende August behauptet haben, Reuter sehe in Lenin ein Vorbild. Dieser verwahrte sich gegen derartige Unterstellungen und schrieb Seebohm, er habe Adenauer lediglich erklärt, Lenin sei, anders als der vor kurzem verstorbene Stalin, »ein bedeutender Mann«<sup>54</sup> gewesen. Aber solche Differenzierungen waren für die politische Auseinandersetzung wenig geeignet – erst recht in Wahlkampfzeiten.

53 Sitzung am 22. Mai 1953, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, S. 516–582, hier S. 551.

54 Brief an Bundesverkehrsminister Seebohm vom 27. August 1953, in: Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 764f., hier S. 765.

## Epilog

Die Bundestagswahl am 6. September 1953 brachte ein eindeutiges Ergebnis. Während CDU und CSU ihren Stimmenanteil von 31,0 Prozent auf 45,2 Prozent steigern konnten, musste die SPD geringfügige Verluste hinnehmen und kam auf 28,8 Prozent. Gewiss hatte die große – wenn man so will: bedenkenlose – Entschlossenheit der Regierungsparteien, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, zu diesem Ausgang einen Beitrag geleistet. Denn während Konrad Adenauer und seine Verbündeten offensichtlich gewillt waren, sämtliche Angriffsflächen der Konkurrenz zu nutzen, hatte sich Ernst Reuter, der bis dahin so kämpferisch aufgetreten war, in einem Interview zwei Tage vor dem Urnengang noch anerkennend über den Bundeskanzler geäußert. Der SPD-Politiker hatte sich nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR für eine Hilfskampagne zugunsten der hungernden ostdeutschen Bevölkerung eingesetzt. Zunächst hatte diese Idee in der Bundesregierung wenig Anklang gefunden. Adenauer hingegen, räumte Reuter am 4. September 1953 ein, habe »eher als alle anderen kapiert, um welche große Chance es hier ging«<sup>55</sup>, und die Aktion unterstützt.

Dasselbe Verhaltensmuster ließ sich in den folgenden Wochen zwischen Adenauer und Reuter beobachten, die trotz aller relativen politischen Nähe nun einmal in erster Linie Rivalen und Gegner waren – von ihren unterschiedlichen Persönlichkeiten ganz zu schweigen. Während Reuter jene Art von bürgerlicher Souveränität besaß, die ihm ein Umdenken und das öffentliche Eingestehen von Fehlern erlaubte, war Adenauer vor allem mit einem herausragenden Gespür für die Wünsche der Wählerschaft und einem außergewöhnlichen Durch-

55 Sonderinterview mit Alfred Joachim Fischer »Zur Politischen Lage«, in: *Welt der Arbeit* vom 4. September 1953, in: ebd., S. 786–791, hier S. 789.

setzungsvermögen ausgestattet, das ihm seinen exorbitanten Aufstieg ermöglicht hatte, zu dem aber auch eine besondere Härte gehörte.

Reuter analysierte denn auch den Wahlausgang mit großer Offenheit und zeigte im Moment der Niederlage Größe. »Das ganze politische Bild Deutschlands« habe sich durch »diesen Sieg Adenauers und seiner Partei« verändert, führte er auf einer SPD-Veranstaltung am 18. September 1953 aus. Die Christdemokraten hätten »die evangelischen und die katholischen Teile Deutschlands gleichermaßen erfaßt«, die CDU sei eine Art »große Koalition« geworden, »die zweifellos durch die überragende Persönlichkeit des Bundeskanzlers zusammengehalten« werde.<sup>56</sup> Anscheinend dämmerte dem Stadtoberhaupt auch, dass Adenauer mit der von ihm so oft kritisierten Bemerkung, die Rettung der Duisburger Thyssen-Hütte habe Vorrang vor allen Wiedervereinigungsinitiativen, richtig gelegen hatte. Den Westdeutschen war das Hemd, in diesem Fall ihr eigener materieller Wohlstand, eben näher als der Rock, also die nationale Einheit.<sup>57</sup>

Die Konsequenzen aus solchen Einsichten konnte der Regierende Bürgermeister allerdings nicht mehr ziehen, denn er starb am 29. September 1953 überraschend an einem Herzinfarkt, dem Tribut für seine jahrelange aufreibende Arbeit in Berlin und darüber hinaus. Der Tod des 64-jährigen Politikers löste allgemein Trauer und Bestürzung aus. Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner standen betroffen am Straßenrand, als am 3. Oktober Reuters Sarg vom Rathaus Schöneberg zum Zehlendorfer Friedhof gebracht wurde, und Bundespräsident Theodor Heuss äußerte privat, er »übersehe nicht, wie diese Lücke

56 Referat auf einer Referenten-Besprechung der Berliner SPD im Rathaus Schöneberg am 18. September 1953, in: ebd., S. 803–810, hier S. 804f.

57 Vgl. Brandt/Löwenthal: Ernst Reuter, S. 702–704.

geschlossen werden« könne. Der Tod Reuters sei »ein geschichtlicher Verlust in viel höherem Maße als das Hinscheiden von Schumacher«,<sup>58</sup>

Auch Adenauer »schätzte«, so die Auffassung seines Mitarbeiters Herbert Blankenhorn, Reuters »große Leistung im Kampf um die Freiheit Berlins hoch ein«,<sup>59</sup> An der Beerdigung seines Rivalen nahm er jedoch nicht teil. Sein behandelnder Arzt – der Bundeskanzler erholte sich noch auf Schloss Bühlerhöhe bei Baden-Baden von den Strapazen des Wahlkampfes – habe ihm dringend von einer Reise nach Berlin abgeraten, schrieb er Heuss am 1. Oktober 1953. Die SPD muss über dieses Verhalten Adenauers, der auch schon dem Begräbnis Kurt Schumachers ferngeblieben war, sehr verärgert gewesen sein.<sup>60</sup> Sogar noch zehn Jahre später mochte sich Adenauer nicht zu einer öffentlichen Würdigung Reuters durchringen. In seinen Erinnerungen, die der zurückgetretene Kanzler Mitte der 1960er Jahre schrieb und die immerhin vier Bände und viele Hundert Seiten umfassen, erwähnt er das Wirken und die Persönlichkeit des SPD-Politikers an keiner Stelle.<sup>61</sup>

58 Brief von Theodor Heuss an Wilhelm Keil vom 30. September 1953, in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner, Berlin u. a. 2012, S. 475–477, hier S. 477.

59 Blankenhorn: Verständnis und Verständigung, S. 174.

60 Vgl. Adenauer an Heuss, 1. Oktober 1953, in: Heuss–Adenauer. Unserem Vaterlande zugute, S. 150f., hier S. 150; Notiz vom 30. März 1956, in: Heuss: Tagebuchbriefe 1955/1963, S. 164f., hier S. 164; Notiz vom 31. August 1957, in: ebd., S. 252f., hier S. 253.

61 Lediglich auf einem Foto von einem Berlinbesuch Adenauers ist Reuter zu sehen. Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, neben S. 448.

## Weiterführende Literatur

- Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearb. von Günter Buchstab (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart 1986.
- Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Hrsg. von Rudolf Morsej und Hans-Peter Schwarz, Berlin (West) 1983 ff.
- Adenauer und die Hohen Kommissare 1952. Hrsg. v Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1990.
- David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000.
- Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.
- Hans Herzfeld: Ernst Reuter und der Aufbau des freien Berlin von der Blockade bis zur Verfassungswirksamkeit 1948–1951, in: Berlin. Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948–1951. Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin (West) 1962, S. 9–42.
- Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner, Berlin u. a. 2012.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Verschiedene Bde. 1950–1952, Boppard am Rhein 1984–1989.
- Henning Köhler: Adenauer und Berlin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2002, S. 173–185.
- Ernst Reuter: Schriften, Reden. 4. Bde., bearb. von Hans J. Reichhardt, Frankfurt am Main u. a. 1972–1975.

Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986.

Hans-Peter Schwarz. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Mit einem einleitenden Essay von Theodor Eschenburg (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart 1981.

Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989.

## **Bildnachweis**

**Berliner Anzeiger**, 20. Mai 1950 S. 42, Umschlagseite hinten rechts (Oskar/Hans Bierbrauer).

**Bundesarchiv**, B 145 S. 22: Bild-P047643 (Georg Munker).

**Landesarchiv Berlin**, E Rep. 200-21-01 S. 33: Nr. 361, F 274.

**Landesarchiv Berlin**, F Rep. 290 Cover: Konrad Adenauer trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Berlin im Rathaus Schöneberg ein, 16. April 1950, Nr. 0088487 (Alois Bankhardt); Umschlagseite hinten links: Ankunft Adenauers auf dem Flughafen Tempelhof, 5. Oktober 1951, Nr. 0017507 (Wilhelm Rißleben).

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf** S. 11 (Fotograf unbekannt); S. 15 (Hans Weber/Atelier Weber, Münster).

**Stiftung Ernst-Reuter-Archiv, Fotoalben Edzard Reuter** S. 13: Album 1, Bild 111; S. 48: Album 1, Bild 134.

**ullstein bild** S. 6: Nr. 00290999.

## **Der Autor**

Dr. Jürgen Peter Schmied, geboren 1974, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Germanistik und Philosophie in Heidelberg, Bonn und Oxford. Promotion 2010 mit einer Biografie über den Journalisten Sebastian Haffner. 2010 bis 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter für die Dauerausstellung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf, seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

STIFTUNG  
ERNST-REUTER-ARCHIV

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter [www.ernst-reuter.org](http://www.ernst-reuter.org)